



Verordnung über die Entschädigung an Hebammen für Wochenbettpflege und Hausgeburten (VEH)

vom 2. Oktober 2024

Der Gemeinderat,

gestützt auf Art. 54 GO¹ und nach Einsichtnahme in die Weisung des Stadtrats vom 17. April 2024²,

beschliesst:

A. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Diese Verordnung regelt die Entschädigung an Hebammen für den Bereitschaftsdienst bei Wochenbettpflege und Hausgeburten, insbesondere:

- a. die Anspruchsberechtigung;
- b. die Höhe der Entschädigung;
- c. die Ausrichtung der Entschädigung.

Art. 2 In dieser Verordnung bedeuten:

Begriffe

- a. Bereitschaftsdienst: Einsatzbereitschaft und Erreichbarkeit der Hebamme oder Sicherstellung ihrer Stellvertretung im Zeitraum vor und während:
 1. der Wochenbettpflege,
 2. der voraussichtlichen Hausgeburt;
- b. Pikettentschädigung: Entschädigung für den geleisteten Bereitschaftsdienst.

B. Anspruch und Höhe

Art. 3 ¹Die Stadt entrichtet eine Pikettentschädigung, wenn Hebammen Bereitschaftsdienst für Wöchnerinnen mit zivilrechtlichem Wohnsitz in der Stadt leisten.

Anspruch
a. Grundsatz

² Ausnahmen von der Wohnsitzpflicht sind zulässig, wenn besondere Gründe vorliegen.

¹ AS 101.100

² STRB Nr. 1166 vom 17. April 2024.

b. Anspruchs- berechtigte	Art. 4 Berechtigt für den Bezug der Pikettentschädigung sind: <ul style="list-style-type: none">a. Hebammen in selbstständiger Erwerbstätigkeit mit Berufsausübungsbewilligung der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich;b. Hebammenorganisationen, die fachlich eigenverantwortliche Hebammen mit Berufsausübungsbewilligung der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich anstellen.
c. Leistungen	Art. 5 ¹ Die Anspruchsberechtigten können die Pikettentschädigung geltend machen für: <ul style="list-style-type: none">a. jedes begleitete Wochenbett;b. jede begleitete Hausgeburt. <p>² Bei Mehrlingsgeburten kann die Pikettentschädigung lediglich einmal geltend gemacht werden.</p>
Höhe der Entschädigung	Art. 6 Die Höhe der Pikettentschädigung beträgt pauschal für: <ul style="list-style-type: none">a. ein begleitetes Wochenbett: Fr. 135.—;b. eine begleitete Hausgeburt: Fr. 235.—.
Anpassung der Entschädigung	Art. 7 Der Stadtrat kann die Höhe der Entschädigung in angemessener Weise an die Lohn- und Preisentwicklung anpassen.

C. Ausrichtung

Antrag	Art. 8 ¹ Wer einen Anspruch auf Pikettentschädigung geltend machen will, reicht bei der zuständigen Stelle einen Antrag ein. <p>² Die Antragstellenden erteilen die für die Prüfung des Anspruchs erforderlichen Angaben.</p>
Prüfung	Art. 9 ¹ Die zuständige Stelle prüft die Angaben und den Anspruch. <p>² Sie kann für die Prüfung auf verwaltungsintern zugängliche Informationen zugreifen.</p> <p>³ Sie stellt bei einer vollständigen oder teilweisen Ablehnung des Antrags eine Verfügung aus.</p>
Ausrichtung	Art. 10 Die zuständige Stelle zahlt die Pikettentschädigung aus, wenn: <ul style="list-style-type: none">a. die vollständigen Angaben vorliegen; undb. der Anspruch feststeht.

Art. 11 ¹ Die zuständige Stelle fordert ausbezahlte Pikettent- Rückforderung
schädigungen zurück, wenn die Antragstellenden bei der Einrei-
chung des Antrags unwahre oder unvollständige Informationen
erteilt haben.

² Sie stellt eine Verfügung über die Rückforderung aus.

³ Aus Billigkeitsgründen kann auf eine Rückforderung verzichtet
werden.

Art. 12 ¹ Mit Ablauf von fünf Jahren verjähren Ansprüche auf: Verjährung

- a. Pikettentschädigungen;
- b. Rückforderung von ausbezahlten Pikettentschädigungen.

² Die Verjährung beginnt mit:

- a. der Fälligkeit des Anspruchs auf Ausrichtung der Pikettent-
schädigung;
- b. der Entstehung des Rückforderungsanspruchs.

Art. 13 Die zuständige Stelle bearbeitet Personendaten und be- Datenerhebung
sondere Personendaten, soweit diese erforderlich sind für:

- a. die Prüfung des Anspruchs;
- b. die Ermittlung der Höhe des Anspruchs.

D. Schlussbestimmungen

Art. 14 Der Stadtrat setzt diese Verordnung in Kraft.³ Inkrafttreten

³ Inkrafttreten 1. Januar 2025 (STRB Nr. 457/2025).